

Dr. Jörg Twenhöven MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

des Ausschusses für Umweltschutz

Landtag Nordrhein-Westfalen

Vorsitzenden

und Raumordnung

Hause

Herrn Werner Stump MdL

An den

im

Postfach 10 11 43

40002 Düsselderf

Telefonzentrale:

(02 11) 88 4 - 0

Durchwahl:

25 22

Düsseldorf.

9. März 1994

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 11. WAHLPERIODE

VORLAGE 11/2834

Betr.:

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/3759

Bezug:

41. Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik am 8. März 1994

Sehr geehrter Herr Kollege,

der Ausschuß für Kommunalpolitik hat den obengenannten Gesetzentwurf mit Ausnahme des Artikels I, Abschnitt IV (Vorschriften zum Braunkohlenplanverfahren), der bereits abschließend beraten worden ist, in seiner 41. Sitzung hinsichtlich der kommunalpolitisch relevanten Vorschriften abschließend beraten.

Die SPD-Fraktion hat beantragt, in § 5 Abs. 11 folgenden Satz 4 anzufügen:

"Von einem Wohnsitzwechsel eines gewählten Mitglieds innerhalb des Kreisgebietes oder eines berufenen Mitglieds innerhalb des Regierungsbezirks bleibt die Mitgliedschaft im Bezirksplanungsrat unberührt."

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion und den Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Anschließend wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung hinsichtlich der kommunalpolitisch relevanten Vorschriften in der vom Ausschuß geänderten Fassung mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen angenommen.

Für eine Bekanntgabe dieses Beratungsergebnisses in Ihrem Ausschuß wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen Ihr gez. Dr. Jörg Twenhöven

F. d. R.

(Günter Baumann)

Ausschußassistent